



Stärkung der landkreisweiten Klimaschutzmaßnahmen im Landkreis Heilbronn

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die personelle Ausstattung sämtlicher regionaler Energieagenturen in Baden-Württemberg zusammenzustellen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Fördermittel für personelle Ressourcen im Zusammenhang mit dem Themenschwerpunkt „Energie & Klima“ zusammenzustellen.
3. Sollten Fördermittel beantragt werden können, wird die Verwaltung ermächtigt entsprechende Anträge für drei Vollzeitstellen zu stellen.
4. Unabhängig von der Förderkulisse sind im Stellenplan 2021 drei zusätzliche Vollzeitstellen aufzunehmen, die zusätzlich bei der Bewältigung der Aufgaben der ehemaligen Stabstelle „Energie & Klima“ unterstützen sollen.

Sachverhalt

Der Klimawandel ist, neben der Corona-Pandemie, die größte Herausforderung, der sich die Menschheit in den kommenden Jahren stellen muss. Der Begriff „Klimaschutz“ gehört zur politischen sowie gesellschaftlichen Agenda und ist der Sammelbegriff für Maßnahmen, die der durch den Menschen verursachten globalen Erwärmung entgegenwirken und mögliche Folgen der globalen Erwärmung abmildern oder verhindern sollen.

Als wichtige Grenze gilt die Zwei-Grad-Schwelle, die nicht überschritten werden sollte, wenn katastrophale Auswirkungen der globalen Erwärmung verhindert werden sollen.

Da Kohlenstoffdioxid als wichtigster Treiber der gegenwärtigen Erderwärmung sehr lange in der Atmosphäre bleibt und manche Folgen des Klimawandels langfristig und irreversibel sind, werden die politischen Weichenstellungen der Gegenwart und unmittelbaren Zukunft tiefgreifende Auswirkungen für Tausende bis Zehntausende von Jahren haben.

Um das Klimaschutzziel des Landes Baden-Württemberg (90 Prozent weniger Treibhausgase im Jahr 2050) zu erreichen, ist laut einer Studie bis zum Jahr 2030 eine Treibhausgasminde rung um 42 Prozent auf dann gut 51 Millionen Tonnen CO₂-Äquivalente nötig (Basisjahr 1990).



Das bedeutet eine Minderung um gut 24 Millionen Tonnen gegenüber 2014. Dafür müssten die erneuerbaren Energien 2030 für 56 Prozent der Bruttostromerzeugung sorgen (92 Prozent im Jahr 2050), der Endenergieverbrauch müsste gegenüber 2010 um weitere 22 Prozent auf dann 825 Petajoule gesunken sein (627 PJ im Jahr 2050).

Die Industrieregion Baden-Württemberg trägt überproportional zum Anstieg der klimaschädlichen Treibhausgase bei. Um den dadurch verursachten Klimawandel auf einem beherrschbaren Maß zu halten, müssen wir zwingend die CO₂-Emissionen reduzieren.

Mit dem Klimaschutzgesetz hat das Land Baden-Württemberg verbindliche Vorgaben für die Reduzierung von Treibhausgasen festgelegt. Zusätzlich werden Aufgaben im Bereich des Klimaschutzes auf die Kommunen zukommen.

Das Leben spielt sich aber nicht auf Landesebene ab, sondern vor Ort in den Landkreisen und Kommunen.

Seit dem 01.01.2014. ist das Thema „Energie & Klima“ zunächst als eine Person-Stabstelle beim Abfallwirtschaftsbetrieb und nun als Sachgebiet im neuen Amt für Mobilität und Verkehr angesiedelt.

Aus den jährlichen Jahresberichten lässt sich erkennen, dass bisher sehr gute Arbeit geleistet wird. Allerdings liegt aufgrund der bekannten personellen Konstellation noch viel Potential brach. Insbesondere in der Beratung von Kommunen, Betrieben und Privatpersonen, der Akquirierung von Fördermitteln oder der Realisierung von Energie- und Klimaprojekten innerhalb des Landkreises lässt sich noch mehr erreichen.

Mit einer personellen Aufstockung versprechen sich die Fraktionen der SPD, von Bündnis 90/Die Grünen, der Freien Wähler, der FDP sowie der Gruppierung Die Linke einen Mehrgewinn für den gesamten Landkreis. Klimaschutz gelingt zunächst im Kleinen, allerdings braucht es Beratung und Fachwissen aus einer Hand, um alle uns zur Verfügung stehenden Potentiale ausschöpfen zu können.

Vor allem aber gelingt Klimaschutz nur gemeinsam. Die vielen einzelnen kommunalen Aktivitäten sind zu bündeln und in einen übersichtlichen Maßnahmen-Kanon darzustellen.

Der Führungsanspruch des Landkreises muss sich auch im Zusammenhang mit dem wichtigen Thema des Klimaschutzes widerspiegeln. Insbesondere benötigen kleine Kommunen Unterstützung bei der Bewältigung dieser Generationenaufgabe.



Finanzierung:

Die zu schaffenden Stellen sind eine Investition in die Zukunft. Eventuelle Mehraufwendungen können sich ergeben, allerdings ist bei einem geplanten Volumen an Personalausgaben von rund 75 Mio. Euro mit einem monetären Gesamtspielraum zu rechnen, so dass es zu keinen Mehraufwendungen kommen wird.

Gez.

Kreistagsfraktion der SPD

Kreistagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen

Kreistagsfraktion der Freien Wähler

Gruppierung im Kreistag Die Linke

Kreistagsfraktion der FDP
